

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 35/38
Telex: 8 86 846 pppn c



Inhalt

40. Jahrgang / 205

25. Oktober 1985

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zur Lösung des Entführungsfalles in El Salvador: Humanitäre Aktion für Politik nutzen.

Seite 1

Günter Verheugen MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, fordert deutsche Öllieferungen nach Südafrika zu unterbinden: Bonn muß EG-Beschlüsse realisieren.

Seite 2

Anke Fuchs MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit der Propaganda-Kampagne der Bundesregierung zur Sozialpolitik auseinander: Roßtäuscher am Werk.

Seite 5

Humanitäre Aktion für Politik nutzen

Die Konfliktparteien in El Salvador sollen den Dialog wieder aufnehmen

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wir Sozialdemokraten teilen uneingeschränkt die Freude Präsident Duarte und seiner Familie, der seine entführte Tochter nach 44 Tagen wieder in die Arme schließen konnte.

Wir begrüßen nachhaltig, daß auch die übrigen Teile der Abmachung zwischen den Konfliktparteien in El Salvador inzwischen verwirklicht wurden, die zahlreichen Menschen die Freilassung und etwa hundert Verwundeten die Möglichkeit angemessener medizinischer Behandlung brachte.

Im Namen der SPD danke ich allen, die in humanitärem Engagement am Zustandekommen und an der Durchführung der Vereinbarung mitgewirkt haben. An erster Stelle sind hier die katholische Kirche El Salvadors und ihr mutiger Erzbischof Arturo Rivera y Damas zu nennen, die auch im Bemühen um einen Dialog zwischen den Konfliktparteien eine hervorragende Rolle übernommen haben.

Unser Dank gilt aber auch in besonderem Maße Hans-Jürgen Wischnewski, der am Zustandekommen der gefundenen Lösung wesentlichen Anteil hatte. Mit seinem erfolgreichen Bemühen im Namen seiner Partei hat er erneut unter Beweis gestellt, daß die Menschenrechte für die SPD nicht Anlaß zu politischen Propagandaveranstaltungen, sondern zum konkreten Handeln sind.

Die SPD fordert die Konfliktparteien in El Salvador mit allem Nachdruck auf, die aus Anlaß dieser humanitären Aktion neu aufgenommenen Kontakte zur Weiterführung des suspendierten Dialogs zu nutzen. (-/25.10.1985/rs/ks)

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

+ + +

Erhalten Sie
mit dem neuen Recycling-Paper



Deutsche Öl-Lieferungen nach Südafrika unterbinden

Die Bundesregierung muß die EG-Beschlüsse gegen Pretoria realisieren

Von Günter Verheugen MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Außer der Kündigung des Kulturabkommens mit Südafrika hält die Bundesregierung offensichtlich weitere Schritte gegen das Apartheid-Regime für nicht angebracht. Sie glaubt, weitere Konsequenzen aus den Beschlüssen der EG-Außenminister vom 10. September nicht ziehen zu müssen. Es ist eine irreführende und unverantwortliche Behauptung, wenn Staatsminister Vogel im Bundestag erklärt, über die Luxemburger EG-Beschlüsse hinaus gebe es für die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf. Den gibt es nämlich sehr wohl.

Dafür ein besonders dringliches Beispiel: Zwar haben sich die EG-Außenminister in ihrem Maßnahmen-Katalog für die Einstellung von Ölexporten in die Republik Südafrika ausgesprochen, doch entgegen der Darstellung der Bundesregierung in der Öffentlichkeit, sie halte sich an diese Beschlüsse oder habe sich seit geraumer Zeit entsprechend verhalten, bleiben hinsichtlich des Ölexports nach Südafrika viele Fragen offen. So ist es ein skandalöser Vorgang, daß die in Hamburg residierende Firma Marimpex Mineralöl-Handelsgesellschaft, nachweislich seit Jahren Rohöl nach Südafrika liefert.

Diese Gesellschaft, die aus einer Gruppe von Ölhandels- und Schiffahrtsgesellschaften besteht und die dem deutschen Geschäftsmann Gert Lutter gehört, läßt nicht nur von Rotterdam, sondern auch von anderen europäischen und internationalen Häfen aus Rohöl nach Südafrika liefern. Mit Hilfe folgender Reedereien und Schiffe sind allein im Zeitraum 1981 bis 1983 nachweislich folgende Öllieferungen der Firma Marimpex nach Südafrika gelangt:



Schiffsname Eigentümer/Reeder	Agent in Rotterdam	Abfahrtsdatum Ladung in Tonnen	angegebener Bestimmungsort	Monat des Besuchs in Südafrika
KONKAR DIMOS Leif Høegh & Co.	Cela Shipping	28.11.1980 200.000 t	Bombay	Dez. '80/Jan. 81
ST. MARCOS Marimpex	Cela Shipping	19.7.1981 90.000 t	Bombay	August 1981
HØEGH KILL Leif Høegh & Co.	Cela Shipping	14.8.1981 230.000 t	Gibraltar	September 1981
RECIFE Thyssen-Bornac.	Cela Shipping	1.10.1981 135.000 t	Tubarao (Brasilien)	Okt./Nov. 1981
ST. MARCOS Marimpex	Cela Shipping	23.11.1981 90.000 t	Bilbao	Dezember 1981
ST. MARCOS Marimpex	Cela Shipping	5.7.1982 90.000 t	Bonaire (Antillen)	Juli/Aug. 1982
ST. TOBIAS Marimpex	Cela Shipping	9.8.1982 175.000 t	Bonaire	Aug./Sept. 1982
NOBIL WESER Leif Høegh & Co.	Cela Shipping	6.11.1982 95.000 t	Bonaire	Dezember 1982
ST. BENEDICT Marimpex	Cela Shipping	1.12.1982 185.000 t	Bonaire	Dezember 1982
PUMA J. Fredriksen	Cela Shipping	21.4.1983 80.000 t	St. Lucia	Mai 1983

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat mehrfach, zuletzt im Dezember 1983, einem Öl-embargo gegen Südafrika mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Die Bundesrepublik allerdings stimmte dagegen. Nach den EG-Beschlüssen bleibt nun zu fragen, wie sich die Bundesregierung die strikte Einhaltung und Kontrolle der Einstellung von deutschen Öllieferungen nach Südafrika vorstellt? Was gedenkt die Bundesregierung an konkreten Maßnahmen gegen die Öllieferungen deutscher Handelsfirmen nach Südafrika zu unternehmen? Unterstützt sie die Forderung nach Einführung eines Zertifikates über den Endverbleib von Öllieferungen? Dazu gehören eine scharfe Überwachung und Kontrolle der Schiffspapiere sowie der Endabgabe von Öllieferungen an die ursprünglich angegebenen Bestimmungsorte.

Der Fall Marimpex beweist, daß in diesem Geschäft mit allen Tricks getäuscht und gefälscht wird.

Wird sich die Bundesregierung nun auch bei den Verbündeten dafür einsetzen, daß die Frage des Öl-embargos im UN-Sicherheitsrat auf die Tagesordnung kommt und aus dem freiwilligen endlich ein verpflichtendes Embargo wird? Wird die Bundesregierung nach den Luxemburger EG-Beschlüssen auch einem entsprechenden UN-Beschluß zustimmen?

Die Bundesregierung muß endlich unmißverständlich klarstellen, daß sie den Verkauf und Transport von Öl durch deutsche Firmen nach Südafrika als Verstöße gegen geltendes Recht interpretiert. Aufgrund einer OPEC-Resolution (25/6) vom Mai 1981, die ein Ölembargo gegen Südafrika beinhaltet, ist die Bundesregierung zu fragen, ob nicht durch den Verkauf und die Lieferung von OPEC-Öl durch deutsche Firmen an Südafrika die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik mit Öl gefährdet werden könnte. Kann es die Bundesregierung weiterhin dulden, wenn deutsche Firmen gegen den ausdrücklichen Willen der Verkäufer Öl nach Südafrika liefern und damit wichtige Partnerländer der Bundesrepublik hintergangen werden?

Allergrößte Besorgnis muß es auslösen, daß eine Firma wie die Marimpex, deren dubioses Geschäftsgebaren bereits das internationale Ansehen der Bundesrepublik schwer geschädigt hat, von der niedersächsischen Landesregierung als Partner für die neugegründete German Oil akzeptiert worden ist. Das Land Niedersachsen ist mit 45 Prozent am Kapital der German Oil beteiligt. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sicherzustellen, daß aus der merkwürdigen Verbindung der niedersächsischen Landesregierung mit dem Embargo-Brecher Marimpex keine illegalen Öllieferungen nach Südafrika erfolgen.

Wenn die Bundesregierung sich selber und die EG ernst nimmt, dann muß sie unverzüglich handeln und das beschlossene Ölembargo verwirklichen. Die jetzige Haltung der Bundesregierung läßt nur einen Schluß zu: sie will weiterhin mit dem Apartheid-Regime unter einer Decke stecken.

(-/25.10.1985/rs/ks)

+ + +



Roßtäuscher am Werk

Die Hochglanz-Broschüren der Bundesregierung können die von ihr geschaffene Wirklichkeit nicht überdecken

Von Anke Fuchs MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Wochen wird die Bundesrepublik von einem Werbefeldzug der Bundesregierung überzogen. Man merkt, die nächste Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus. Eine angebliche Trendwende auf dem Arbeitsmarkt wird gepriesen. Von einem Durchbruch in der Familienpolitik und der größten Steuerentlastung aller Zeiten ist die Rede. Und die niedrige Inflationsrate wird als Erfolg der Wendepolitik verkauft. Verwirrt reiben sich viele Bürger die Augen, denen Stichworte wie Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau noch im Ohr klingen.

Richtig ist, daß sich einige wirtschaftliche Daten gebessert haben. Wir haben ein Wachstum von 2,5 Prozent, eine niedrige Inflationsrate und eine starke Stellung im Export. Auch bei den Arbeitsplätzen gibt es ein leichtes Plus von voraussichtlich 150.000 in diesem Jahr. Aber rechtfertigt dies wirklich die Optimismus-Kampagne der Bundesregierung?

Mitnichten, denn die soziale Wirklichkeit stimmt mit dieser Kampagne nicht überein. Es ist das gute Recht jeder Regierung, sich in positivem Licht darzustellen. Aber es spricht jedem mündigen Bürger hohn, wenn die Regierung wie ein Roßtäuscher agitiert. Denn dies verschweigt sie in ihren Kampagnen:

- Seit Anfang dieses Jahres haben wir Monat für Monat die höchsten Arbeitslosenzahlen seit der Währungsreform. Mit 2,3 Millionen werden wir im Jahresdurchschnitt 1985 einen neuen Negativrekord der Massenarbeitslosigkeit erreichen.
- Mit den neugeschaffenen Arbeitsplätzen, deren die Regierung sich so rühmt, erreichen wir noch nicht einmal die Beschäftigtenzahl vom September 1982, als Helmut Schmidt von Helmut Kohl abgelöst wurde. Und außerdem reichen diese neuen Arbeitsplätze bei weitem nicht aus, um den stärkeren Zustrom von Berufsanfängern aufzufangen und den verstärkt neu ins Erwerbsleben eintretenden Frauen Beschäftigung zu geben.



- Trotz wirtschaftlichen Aufschwungs bleiben die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt düster. Die Pleitewelle erreicht seit der Wende immer neue Rekorde. Im letzten Jahr brachen 16.750 Firmen zusammen, das sind über 5.000 mehr als im letzten Regierungsjahr von Helmut Schmidt.
- Die Steuer- und Abgabenlast war noch nie so hoch wie unter dieser Regierung. Unter dem Bundeskanzler Helmut Schmidt lag die Lohnsteuerquote bei 16,6 Prozent, heute beträgt sie 17,6 Prozent und 1988 wird sie bei 18,3 Prozent liegen. Die Rentenversicherungsbeiträge wurden unter dem Bundeskanzler Helmut Kohl von 18 auf 19,2 Prozent erhöht. Und auch die Krankenversicherungsbeiträge steigen weiter auf breiter Front.
- Mit einem beispiellosen Sozialabbau wurden die sozialen Leistungen seit Oktober 1982 um Dutzende von Milliarden gekürzt. Gleichzeitig wurden aber die Vermögenssteuer gesenkt und die Steuersubventionen um Milliarden erhöht. Die gleichen Leute, die noch vor wenigen Jahren alle Subventionen nach der Rasenmäher-Methode um fünf Prozent kürzen wollten, haben die Subventionen auf einen neuen Höchststand von 31 Milliarden Mark angehoben.
- Noch niemals wurden die Sozialleistungen für Familien so gekürzt wie unter dieser Regierung: Das Schüler-Bafög wurde weitgehend gestrichen, das Mutterschaftsurlaubsgeld von 750 auf 510 DM gekürzt und die Sozialhilfe abgebaut. Statt dessen wurden die Kinderfreibeträge wieder eingeführt und kräftig angehoben, so daß einkommensstarke Familien wieder der Hauptnutznießer des Familienlastenausgleichs sind. Die Umverteilung von unten nach oben wurde praktische Politik.

Die Regierung kann es drehen und wenden, wie sie will: Sie bleibt die Regierung der Massenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus. Darüber können auch die schönsten Hochglanz-Broschüren nicht hinwegtäuschen.

(-/25.10.1985/rs/ks)

+ + +

